

FDP
Die Liberalen



BERNER FREISINN

Bern	2/3/4	Gastbeitrag: Zeitvorsorge	9	Interview NR Dobler	15	Rückblick DV Januar	18/19
FDP International	6	Abstimmungsvorlagen	10/11/12/13	Neu in National- und Ständerat	16/17	Unter Freisinnigen	22

38. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen Bern

Inhalt

Volksabstimmungen vom 28. Februar 2016

Die Parolen der Berner FDP im Überblick.

Seite 2

Steuerstrategie Kanton Bern

Die Jungfreisinnigen fordern tiefere Steuern, eine Flat Tax und die Vereinfachung des Steuersystems.

Seite 4

Wahlen: Rückblick 2015, Ausblick 2016

Gleich in sieben Kantonen stehen 2016 Gesamterneuerungswahlen für die Legislative und die Exekutive an. Den Anfang machen Uri, St. Gallen und Thurgau am 28. Februar. Unser Ziel ist klar: Wir wollen auch auf kantonalen Ebene zulegen!

Seite 14

Vorstellung Fraktionspräsidium

Die FDP-Liberale Fraktion im Bundeshaus vereinigt alle Parlamentarierinnen und Parlamentarier der FDP.Die Liberalen Schweiz. Mit Beginn der 50. Legislatur wurde auch das Fraktionspräsidium neu besetzt. Nationalrat Ignazio Cassis präsidiert die Fraktion, Ständerat Thomas Hefti und Nationalrat Beat Walti amtierend als Vizepräsidenten.

Seite 21

Berner FDP mit vier Präsidien im 2016

Mit Bundespräsident Johann N. Schneider-Ammann, Nationalratspräsidentin Christa Markwalder und Regierungspräsident Hans-Jürg Käser ist die Berner FDP gleich mit drei hochrangigen Präsidien ins neue Jahr gestartet. Ab Juni kommt ein viertes dazu: Der jetzige erste Vizepräsident des Grossen Rates Carlos Reinhard aus Thun wird turnusgemäss zum Grossratspräsidenten 2016/17 gewählt. Zu Ehren dieser historischen Kumulation innerhalb des Berner Freisinns organisiert die Kantonalpartei am 21. Mai 2016 ein Parteifest.



Johann Schneider-Ammann



Christa Markwalder



Hans-Jürg Käser



Carlos Reinhard

Bundesrat Johann Schneider-Ammann wurde am 9. Dezember 2015 mit 191 Stimmen glänzend im Amt bestätigt und zum Bundespräsidenten für das Jahr 2016 gewählt. Nach 93 Jahren übernahm somit wieder ein Berner Freisinniger das Bundespräsidium. Der ehemalige Unternehmer aus Langenthal ist nach Jakob Stämpfli, Karl Schenk, Eduard Müller und Karl Scheurer der fünfte Berner Freisinnige, der das Amt des Bundespräsidenten innehat.

Christa Markwalder wurde am 30. November 2015 mit 159 Stimmen zur «höchsten Schweizerin» 2015/16

gewählt. Die Burgdorferin ist die 16. Berner Freisinnige an der Spitze des Nationalrates, notabene die erste Berner freisinnige Frau auf dem Präsidentenstuhl. Die Berner FDP stellte zuletzt 1974/75 mit dem damaligen Berner Erziehungsdirektor Simon Kohler aus Courgenay (damals Kanton Bern, heute Kanton Jura) das Nationalratspräsidium.

Hans-Jürg Käser wurde am 1. Juni 2015 mit 110 Stimmen zum Präsidenten des Regierungsrates 2015/16 gewählt. Nach 2010 übernahm der Polizei- und Militärdirektor zum zweiten Mal den Vorsitz der kantonalen Re-

gierung. Der ehemalige Langenthaler Stadtpräsident wurde 2006 in den Regierungsrat gewählt und präsidiert seit 2012 die Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren (KKJPD).

Carlos Reinhard wurde am 1. Juni 2015 mit 103 Stimmen zum ersten Vizepräsidenten des Grossen Rates gewählt. Somit wird er am kommenden 30. Mai turnusgemäss zum «höchsten Berner» erkoren. Der Inhaber einer Thuner Grosswäscherei gehört seit 2014 dem Grossen Rat an und wurde

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

gleich im ersten Amtsjahr von der FDP-Fraktion für das zweite Vizepräsidium des Rates nominiert.

Parteifest zu Ehren der vier Präsidien

Samstag, 21. Mai 2016
Wanderung und Zvieri in der Region Emmental

Alle Parteimitglieder, Sympathisantinnen und Sympathisanten sind herzlich willkommen. Bitte reservieren Sie sich den Termin. Das genaue Programm wird im März an alle Parteimitglieder und Sympathisanten verschickt.

Haben Sie bei uns noch keine E-Mail-Adresse hinterlegt? Dann melden Sie uns Ihre E-Mail-Adresse an info@fdp-be.ch.

Volksabstimmungen vom 28. Februar 2016

Die Parolen der Berner FDP

Eidgenossenschaft

- JA** zur Änderung des Bundesgesetzes über den Strassentransitverkehr im Alpengebiet (Sanierung Gotthard-Strassentunnel) (95 Ja, 9 Nein, 2 Enthaltungen)
- NEIN** zur Volksinitiative «Zur Durchsetzung der Ausschaffung krimineller Ausländer (Durchsetzungsinitiative)» (121 Nein, 6 Ja, 4 Enthaltungen)
- NEIN** zur Volksinitiative «Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln!» (126 Nein, 2 Ja, 5 Enthaltungen)
- NEIN** zur Volksinitiative «Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe» (111 Nein, 15 Ja, 5 Enthaltungen)

Kanton Bern

- Änderung des Gesetzes betreffend die Einführung der Bundesgesetze über die Kranken-, die Unfall- und die Militärversicherung (Krankenkassen-Prämienverbilligung)
 - JA** zur Hauptvorlage (94 Ja, 9 Enthaltungen)
 - NEIN** zum Eventualantrag (99 Nein, 4 Enthaltungen)
 - Stichfrage** Kreuz bei «Hauptvorlage»
 - JA** zum Ausführungskredit für den Neubau für die Rechtsmedizin und die klinische Forschung der Universität Bern an der Murtenstrasse 20–30 in Bern (einstimmig)
- Mehr Infos: www.murtenstrasse-ja.ch

Grosser Rat

Marianne Teuscher folgt auf Katrin Zumstein

FDP-Grossrätin Katrin Zumstein (Bützberg) tritt nach 10 Jahren per Ende Mai 2016 aus dem Grossen Rat zurück. Marianne Teuscher, Gemeinderätin in Roggwil, rückt ins Kantonsparlament nach.

Katrin Zumstein wurde 2006 in den Grossen Rat gewählt. Seither gehörte sie verschiedenen ständigen und vorberatenden Kommissionen an. Von 2007 bis 2010 sowie von 2012 bis 2014 war Katrin Zumstein Mitglied der grossrätlichen Justizkommission. Im 2012 wurde sie Vizepräsidentin dieser Kommission und präsierte den für die Richterwahlen zuständigen Ausschuss IV bis zum Ende der letzten Legislatur.

Katrin Zumstein setzte sich im Grossen Rat insbesondere für eine wettbewerbsorientierte und qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung im Kanton Bern ein. Sie vertrat die FDP bei der Vorberatung des Spitalversorgungsgesetzes und konnte dieses in seiner liberalen Stossrichtung mit zusätzlichen Vorstössen massgeblich beeinflussen. Gesellschaftspolitischer Themen nahm sie sich an, indem sie erfolgreich verschiedene Vor-



Katrin Zumstein

stösse im Zusammenhang mit dem Ausbau von Kinderbetreuungsstätten sowie höheren steuerlichen Abzügen für die familienergänzende Kinderbetreuung einreichte. Sie vertrat die FDP jeweils bei der Vorberatung zu Familien- und Sozialberichten. Auch die Chancengleichheit für Menschen mit einem Handicap war ihr von gros-



Marianne Teuscher-Abts

ser Wichtigkeit. Das Grundanliegen der FDP auf Selbstbestimmung auch von behinderten Menschen brachte sie in der entsprechenden Kommission für die Behindertenpolitik im Kanton Bern ein.

Zu Beginn der letzten Legislatur im Juni 2014 wählte der Grosse Rat Katrin Zumstein zur Präsidentin der neu

konstituierten Gesundheits- und Sozialkommission, die sie mit viel Umsicht und Gespür leitete und der sie bis zu ihrem Rücktritt Ende Mai 2016 vorstehen wird.

Mit dem Rücktritt von Katrin Zumstein verliert die FDP-Fraktion eine versierte und sehr geschätzte Gesundheitspolitikerin, bei welcher die Sache immer im Vordergrund stand. Die FDP-Fraktion und die Kantonalpartei bedanken sich bei Katrin Zumstein für ihr langjähriges und grosses Engagement und wünschen ihr für die Zukunft alles Gute.

Marianne Teuscher-Abts ist selbstständige diplomierte Physiotherapeutin und vertritt die FDP seit 2010 in der Roggwiler Gemeindeexekutive. Dort führt Marianne Teuscher das Ressort Sport, Kultur und Freizeit und präsiert die entsprechende Gemeindegemission. Die 55-Jährige ist verheiratet und Mutter von drei Kindern.

FDP Frauen

«Die Initiative ist eine Mogelpackung»

Am 28. Februar stimmen die Stimmberechtigten unter anderem über die CVP-Initiative «Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe» ab. Die FDP Frauen Kanton Bern und die kantonale FDP sowie die Jungfreisinnigen lehnen die Initiative ab.

Mentari Baumann,
Vorstandsmitglied
Jungfreisinnige Stadt Bern

Um die ungerechte Besteuerung von verheirateten Paaren abzuschaffen, lancierte die CVP eine Initiative, in der es auf den ersten Augenschein um eine fiskalpolitische Frage geht.

Das zentrale Anliegen der Initiative «Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe» ist die Abschaffung der Heiratsstrafe. Dieses Anliegen ist unbestritten. Die Initiative hingegen ist eine Mogelpackung.



Mentari Baumann

Die Volksinitiative fordert die Beseitigung der Steuerriskriminierung von Ehepaaren gegenüber Konkubinatspaaren. Aufgrund der Steuerprogression wird ein kleiner Teil der Ehepaare höher besteuert als unverheiratete Paare mit dem gleichen Einkommen. Von dieser Vorlage würden jedoch nur kinderlose Doppelverdiener mit hohem Einkommen profitieren; laut Bundesrat handelt es sich dabei um rund 80 000 Ehepaare. Das Steuerloch, das bei einer Annahme entstehen würde, beläuft sich auf 2,3 Milliarden

Franken. Es ist davon auszugehen, dass dieses Defizit von nichtverheirateten Steuerzahlern aufgefangen werden müsste. Zudem würde die Abschaffung der Heiratsstrafe eine Einführung der liberalen und gerechten Lösung in Form der «Individualbesteuerung» verhindern.

Bei der Vorlage handelt es sich nicht nur um eine Steuervorlage; denn die CVP missachtet das Gebot der Einheit der Materie und will ebenfalls eine traditionelle Ehe-Definition in der Verfassung verankern. Während weltweit bereits 15 Länder die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare geöffnet haben, würde sich die Schweizer Bevölkerung bewusst gegen eine liberale Definition der Ehe und der Gleichberechtigung von gleichgeschlechtlichen Paaren stellen. Bei einem Ja würden die Bemühungen und die Arbeit

für eine Öffnung der Ehe um Jahre zurückgeworfen.

Die Initiative ist eine Mogelpackung, verstösst gegen den Grundsatz der Einheit der Materie, kostet viel, ist diskriminierend und nicht vereinbar mit einer offenen und liberalen Schweiz. Aus diesen Gründen empfehlen die FDP Schweiz, die FDP Kanton Bern, die FDP Frauen Kanton Bern und die Jungfreisinnigen die Nein-Parole.

Agenda 2016 FDP Frauen Kanton Bern

- 12. März:** Generalversammlung
FDP Frauen Schweiz
- 28. April:** Mitgliederversammlung
- 12. Juni:** Schweizerischer
Frauenlauf in Bern
- 18. August:** Mitglieder-
versammlung
- 17. November:** Traditionelles
Dinner



IN DEN REGIERUNGSRAT

Wir beleben Bern!

Lars
Guggisberg

Wählen Sie beide am 28. 2. 2016!



Pierre Alain
Schnegg

www.guggisberg-schnegg.ch



Jungfreisinnige Kanton Bern

Jungfreisinnige Steuerstrategie

Der Kanton Bern gehört fiskalpolitisch weiterhin zu den Schlusslichtern. Die geplante Steuerstrategie des Regierungsrates ist mutlos. Im Rahmen der Vernehmlassung haben die Jungfreisinnigen eine mögliche Lösung aufgezeigt. Konkret gefordert sind tiefere Steuern, eine Flat Tax und die Vereinfachung des Steuersystems.

Elias Maier,
Präsident jf Burgdorf-Emmental,
Vorstandsmitglied
jf Kanton Bern

Der Aufruf zur Steuererklärung ist in den Haushalten eingetroffen. Besonders gefreut hat sich vermutlich niemand. Der direkte Nutzen ist auf den ersten Blick nicht ersichtlich. Ersichtlich ist primär die massive Belastung: Beginnend beim zeitintensiven Ausfüllen der Steuererklärung, hin zur Steuerrechnung, die im Kanton Bern wesentlich höher ausfällt als in andern Kantonen.

Neuerdings klärt die Finanzdirektion über die Verwendung der Steuern auf. Steuern sind keinesfalls Diebstahl, sondern finanzieren wichtige Dienstleistungen und Infrastruktur. Stellvertretend dafür stehen das gute Bildungssystem (Kindergarten bis Hochschulen), Gesundheitssystem oder Strassen und Schienen.

Kanton Bern lenkt vom Problem ab

Doch damit lenkt der Kanton vom Problem ab. Seit den Sparbemühungen («ASP 2014») schreibt der Kanton schwarze Zahlen. Diese sind nur dank unsicheren Beiträgen der Schweizerischen Nationalbank (SNB) und Bezügen aus dem Finanzausgleich möglich. Nichtsdestotrotz bleibt der Kanton Bern im interkantonalen Steuervergleich bei den Schlusslichtern.

Dies soll sich künftig ändern. Zu diesem Ergebnis kommt der Regierungsrat interessanterweise auch. Die geplante Steuerstrategie soll der schlechten Positionierung entgegenwirken. Dabei plant die Kantonsregierung nur geringfügige Änderungen der Steuern für natürliche Personen. Die Erhöhung der Fremdbetreuungs-

abzüge von 8000 auf 10000 Franken ist zwar positiv, gehört aber eher zum Konzept der Familienpolitik als zu einer umfassenden Steuerreform. Bis 2022 bleibt der Kanton Bern eine «Steuerhölle».

Positiv sind die angestrebten Senkungen des Gewinnsteuertarifs und der Kapitalsteuer für Unternehmen (juristische Personen). Für den Wirtschafts- und Industriestandort sind sie unerlässlich. Gemäss Studie der Beratungsfirma KPMG ist Bern im schweizweiten Ranking mittlerweile auf den 24. Platz abgerutscht. Mit der Unternehmenssteuerreform III wird der Kanton die Steuern für juristische Personen noch stärker senken müssen. Die Steuersenkung soll mit der Erhöhung der Motorfahrzeugsteuern und amtlichen Werten der Grundstücke finanziert werden. Bei der Motorfahrzeugsteuer gilt es, den Entscheid der Bevölkerung zu respektieren. Steuerreduktionen mit Erhöhungen zu finanzieren, kommt eher einem Schildbürgerstreich gleich.

Jungfreisinnige mit eigener Strategie

Die Jungfreisinnigen haben die Mogelpackung «Steuerstrategie» im Rahmen der kürzlich abgelaufenen Vernehmlassung abgelehnt. Auch die FDP verteilte das Prädikat «ungenügend». Eine grundsätzliche Überarbeitung des kantonalen Steuersystems wird hingegen erneut verschoben und der Mittelstand vertröstet. Mittels marginalen Veränderungen wird der Öffentlichkeit Aktionismus vorgetäuscht.

Ein Ziel ist, die Steuern auf maximal ein Monatsgehalt zu reduzieren. Dank tiefen Steuern wären Berner künftig kaufkräftiger. Gutverdienende werden in Bern wohnen statt täg-

lich hinzupendeln. Die Strassen- und Schieneninfrastruktur, besonders zu Spitzenzeiten, wird somit ohne teure Zusatzmassnahmen entlastet.

Die Jungfreisinnigen schlagen die Einführung einer «Flat Tax» vor. Diese ist keinesfalls praxisfremd, wie Obwalden, Uri und vermutlich bald auch Schwyz zeigen. Obwalden hat seit Einführung 2005 ein positives Bevölkerungswachstum und verfügt nun über ein höheres Steuersubstrat.

Vier Vorteile der Flat Tax

1) Reduktion der Steuerlast: Mit der Flat Tax wird die Steuerbelastung massiv reduziert. Bern wird im Steuerwettbewerb Plätze gutmachen und wird für KMU attraktiver.

2) Weniger Verzerrungen durch Abzüge und Steuerprogression: Mit Einheitssätzen steigt die Transparenz und Fairness. Das Optimieren des steuerbaren Einkommens in eine prozentual tiefere Progression wird durch einheitliche Steuersätze und Abschaffung der Abzüge vermieden (Stichwort: Steuergerechtigkeit). Prüfwert sind drei Progressionen für untere, mittlere oder obere Einkommen. Die Flat Tax verhindert, dass jährlich über 16 Prozent der Steuerpflichtigen 0 Franken Einkommen versteuern. Wie dies beispielweise eine Berner SP-Nationalrätin tat.

3) Weniger Aufwand für Bürger und Steuerverwaltung: Dank Tax-Me ist der Aufwand kleiner. Noch kleiner wäre er mit der Flat Tax. Teure Steuerberatungen werden obsolet. Riesige Mengen an Daten bringen auch die Steuerverwaltung an Grenzen. Mit der Flat Tax wird die aufwendige Kontrolle der zahlreichen Abzugsmöglichkeiten einfacher. In der Verwaltung können Stellen gespart werden, ohne Abstriche für den Bür-

ger. Und die Steuerehrlichkeit wird steigen und es gäbe weniger Mahnungen und Fristverlängerungen.

5) Umsetzung der Fachkräfteinitiative (FKI): Die Flat Tax unterstützt das Ziel der FKI von Wirtschaftsminister Schneider-Ammann. Denn sie ist familienfreundlich und entlastet gezielt Ehepaare mit doppeltem Verdienst. Die Kinder-Fremdbetreuung soll auch künftig vom Einkommen abgesetzt werden.

Weitere Vereinfachung des Steuersystems

Eine weitere Vereinfachung des Steuersystems ist nötig. Ein Vorschlag ist die Steuererklärung in der Grösse eines Bierdeckels. Die FDP fordert eine solche «Easy Swiss Tax» auf sämtlichen Steuerebenen.

Diese vereinfachte Steuer würde Bürger und Steuerverwaltung entlasten. 2010 forderte gar die damalige SP-Ständerätin und heutige Bundesrätin Simonetta Sommaruga ein solches System. In der Ratsdebatte sagte sie: «Heute wissen wir gar nicht mehr, wen wir eigentlich alles mit diesen Abzügen unterstützen. (...) Es ist klar, dass die Situation unbefriedigend ist.» In die gleiche Kerbe schlägt auf nationaler Ebene die noch hängige Motion Portmann (14.4024).

Wir gestalten Zukunft

Der Kanton Bern soll für Private und Unternehmen attraktiv sein. Im Steuervergleich ist ein Platz im vorderen Mittelfeld ein Muss. Wir wollen die Zukunft des Kantons mitgestalten. Dafür ist eine nachhaltige und unabhängige Finanzpolitik nötig. Mit dem heutigen Steuersystem bleibt der Kanton jedoch träge und von Fremdzahlungen abhängig. Vor allem bleiben Steuerrechnung und Bürokratie hoch.